

1 Beschlusslage der Jusos-Lichtenberg

2 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD-Lichtenberg möge beschließen.

3 **Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung**

4

5 Die SPD lehnt die grundsätzliche und verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung von Telefon und
6 Internetverbindungen ab, da sie mit den Grundwerten der Sozialdemokratie nicht vereinbar ist.

7 Die Vorratsdatenspeicherung, wie sie derzeit von verschiedenen Seiten gefordert wird, stellt einen
8 unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte jedes Einzelnen dar, da hierbei die Telekommunikations-
9 Verbindungsdaten von allen Bürgerinnen und Bürgern generell über eine Dauer von 6 Monaten gespeichert.
10 Sie ist ein undifferenziertes und unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument, das die Grundrechte
11 unvertretbar einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union unter Generalverdacht
12 stellt.

13 Das Ziel der Vorratsdatenspeicherung, mit Hilfe der gespeicherten Daten, Straftaten und Terrorbedrohungen
14 aufzudecken, erweist sich als Trugschluss. Eine Studie des BKA macht deutlich, dass sich die durchschnittliche
15 Aufklärungsrate "von derzeit 55 % im besten Fall auf 55,006 %" erhöhen könne[1]. Das Risiko, dass die
16 gespeicherten Daten der Bürgerinnen und Bürger missbraucht werden, stellt dagegen ein enormes Risiko dar. So
17 besteht die Gefahr, dass die erfassten Daten missbräuchlich auch für die Erstellung von Bewegungsprofilen
18 verwendet werden können. [2]

19 Zur Aufklärung von Straftaten, die im oder durch zur Hilfenahme vom Internet begangen werden, reichen die
20 vorhandenen rechtlichen Befugnisse aus. Hierzu gehören auch Ermittlungsbehörden, die personell und technisch
21 so ausgestattet sind, dass eine effektive Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Rahmen der geltenden Gesetze
22 möglich ist.

23 Eine Nutzung der VDS, aber auch anderer staatlicher Überwachungsmaßnahmen für die zivilrechtliche Verfolgung
24 von Rechtsverstößen lehnen wir grundsätzlich ab.

25 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die Sozialdemokratische Fraktion im Europaparlament auf, sich für
26 die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung einzusetzen.

27 Zudem fordern wir den Parteivorstand der SPD auf, sich endlich gegen die Vorratsdatenspeicherung
28 auszusprechen.

29 Sollte es zu einem Mitgliederbegehren innerhalb der SPD kommen, welches sich gegen die
30 Vorratsdatenspeicherung ausspricht, so unterstützen wird dieses!

31

32 [1] [http://www.heise.de/newsticker/meldung/Vorratsdatenspeicherung-fuer-eine-0-006-Prozentpunkte-
33 hoehere-Aufklaerungsquote-151466.html](http://www.heise.de/newsticker/meldung/Vorratsdatenspeicherung-fuer-eine-0-006-Prozentpunkte-hoehere-Aufklaerungsquote-151466.html)

34 [2] <http://www.zeit.de/datenschutz/malte-spitz-vorratsdaten>

35

36 **Begründung**

37

38 Seit den Terroranschlägen vom 11.09.2001 wurden im Namen der Terrorismusbekämpfung zahlreiche
39 Maßnahmen beschlossen, die mehr und mehr die Freiheitsrechte ausgehöhlt haben. Ob

40 Vorratsdatenspeicherung, Novellierung des BKA-Gesetzes oder die Ausweitung des internationalen
41 Datenaustausches - stets wurden in der Vergangenheit so genannte Präventionsmaßnahmen beschlossen, die
42 unter dem Deckmantel der Terrorabwehr die Freiheiten der BürgerInnen immer mehr eingeschränkt haben.

43 Insbesondere Einschränkungen des Datenschutzes wurden und werden dabei regelmäßig mit dem
44 Totschlagargument gerechtfertigt, dass der nichts zu befürchten hat, wer nichts zu verbergen habe. Die Gefahr,
45 dass staatliche Überwachungsmaßnahmen früher oder später auch zu unlauteren Zwecken genutzt werden, wenn
46 sie erst einmal technisch möglich und prinzipiell legal sind, wird dabei oft übersehen bzw. bewusst ausgeblendet.